

Critical Society script no.1

Versager und Verbrecher

60 Jahre nach dem D-Day ist Deutschland eine Friedensmacht.

Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin
aus Anlaß des 60. Jahrestages des D-Day

Ralf Schroeder

04. Juni 2004

Reiselektüre

Ich beginne mit einer Werbebotschaft. Diese lautet: Fliegt mit der Deutschen BA! Nachdem diese Fluglinie sich einige Zeit in Low Cost und Low Service versuchte hatte und damit nur mäßigen Erfolg verzeichnete, wird nun, so scheint mir, alles besser. Auf den Flügen werden wieder kleine Snacks angeboten: Laugenbrezeln, Corny-Riegel und Päckchen voller Erdnuß-Chips. Zwar ist die Ausgabe, wie der Bordservice noch vor der Zuteilung an die gierigen Passagiere freundlich mitteilt, auf ein Stück pro Person beschränkt, dafür wir aber vom Sponsoringpartner Coca Cola ein Döschen brauner Limonade in der kalorienreduzierten Version kostenfrei dazugereicht.

Aber es kommt noch besser: Auch die Fluglektüre, und das interessiert den politisch denkenden Zeitgenossen wohl deutlich mehr, hat an Qualität und Vielzahl hinzugewonnen. Wer die Süddeutsche Zeitung aus guten Gründen beim Besteigen des Fliegers verschmätzt, kann noch zwischen diversen Frauenzeitschriften und – jetzt wird es interessant – dem Playboy wählen.

Der etwas schüchterne Leser muß sich um seinen guten Ruf dabei keine Sorgen machen. Das Herrenmagazin ist in schwarzem Schutzumschlag verpackt. Auf der Suche nach etwas wirklich Interessantem stolpert man in der Juni-Ausgabe zwangsläufig über Olga aus Düsseldorf, von der man einiges erfährt, wie z.B. daß Sie bei 1 Meter 65 ganze 48 Kilogramm wiegt, warme Sonnenuntergänge liebt und gegen Tierversuche ist.

Aber deswegen liest der Mann von Welt und Verstand nicht den Playboy. Er findet seine Befriedigung bei einer Reportage über Sportler im Irak, die nach Olympia wollen, um dort so viele Amerikaner wie möglich zu besiegen. Man ahnt es schon, der deutsche Playboy wird von deutschen Redakteuren betreut. Ich habe es nachgeprüft: der Artikel fehlt selbstverständlich in der amerikanischen Ausgabe.

Schließlich erreicht man das obligatorische Playboy-Interview, von dem schon Woody Allen meinte, dieses sei der wahre Grund für den Erfolg des Magazins.

Michael Mittermeier darf über Western-Filme mit Clint Eastwood und Pornos mit Rocco Siffredi sprechen, Filme, die auch Frauen mögen. Dann aber fragt der deutsche Reporter Mittermeier, der gerade ein Jahr Bühnenabstinenz genoß und, weil er klug ist, für diese Zeit nach New York übersiedelte:

Playboy: *Sogar dem Irak-Krieg gewinnen Sie etwas Positives ab. George Bush, sagen Sie, habe die Deutschen von Ihrem Image als häßliche Nazis befreit.*

Mittermeier: *Ist doch viel Wahres dran. Früher war Deutsch gleich Nazi, heute heißt es: „Hey super, ihr Deutschen wart gegen den Krieg.“*

Michael Mittermeier, der ein respektabler politischer Analyst zu sein scheint, bescheinigt implizit der gegenwärtigen Bundesregierung den enormen Erfolg, die Deutschen, 60 Jahre nach dem D-Day, als *die* moralische Instanz weltweit etabliert zu haben. Und Europa als Friedensmacht, so erfahren wir von den Wahlplakaten der Sozialdemokraten, ist in deutschem Interesse.

Fragenkatalog

Damit stehen einige Fragen im Raum, an deren Beantwortung ich mich heute Abend versuchen möchte.

1. Was ist das deutsche Interesse an dieser Friedenspolitik, die de facto eine unheilvolle Nähe zu Baath-Faschisten und islamistischen Terroristen bedeutet?
2. Wie sieht das damit verbundene Konzept „Appeasement und interkultureller Dialog“ aus, welche Begründungen gibt es dafür und wie wird dieses praktisch umgesetzt? Ich werde das anhand dreier sehr interessanter Veranstaltungen zu illustrieren versuchen.
3. Das Konzept „Appeasement und interkultureller Dialog“ wird speziell in Deutschland als Lehre aus dem 2. Weltkrieg formuliert. Welche anderen Schlüsse könnten sich aber aus der Befreiung Europas durch die Alliierten Truppen, die vor genau 60 Jahren in die entscheidende Phase trat, ergeben? Ich werde hier insbesondere auf Paul Berman und sein politisches Essay „Terror und Liberalismus“ eingehen.
4. Stellen die aktuellen Entwicklungen im Irak nicht den Beweis für die Richtigkeit der europäischen Friedenspolitik dar?
5. Schließlich kann das für uns so zwingende und doch so ermüdende Thema, wie nämlich die Linke sich dazu verhält, nicht ganz ausgeklammert werden.

Wir haben den entscheidenden Konflikt des 21. Jahrhunderts, den zwischen liberaler westlicher Gesellschaft und islamistischem Fundamentalismus und Baath-Faschismus bedrohlich vor Augen, und, soviel sei schon vorweggenommen, wir haben die regierungsamtlichen Versager und die Verbrecher auch im eigenen Land.

Der Erwartungshaltung, ich könnte die skizzierten Fragen annähernd vollständig und abschließend beantworten, muß ich schon am Anfang meines

Vortrages Einhalt gebieten. Ich will mich dabei gar nicht auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit herausreden. Ich halte es nur für redlich, schon jetzt einzugestehen, daß diese Fragen in einer guten halben Stunde immer noch offen im Raum stehen werden, ich aber bis dahin einige Gedanken, Anregungen und Anstöße für eine anschließende, hoffentlich ergiebige Diskussion zu liefern hoffe.

Deutsche Hilfsbereitschaft

Es ist der 29. Januar 2004. Kurz nacheinander landen auf dem Flughafen in Köln-Bonn gegen 7:00 Uhr einer grauer Airbus der deutschen Luftwaffe und eine weiße Boeing der Israelischen Armee. Feldjäger sperren das Gelände weiträumig ab. In einem Hanger findet der Austausch statt: ein von der Hisbollah seit 2000 festgehaltener israelische Kaufmann und die Leichen dreier ebenfalls 2000 im Libanon verschwundener Soldaten der Israelischen Streitkräfte werden gegen 29 islamistische Häftlinge aus israelischen Gefängnissen ausgetauscht, unter ihnen der Hisbollah-Führer Mustafa Dirani, Scheik Abdul Karim Obeid und der Deutsche Steven Smyrek, 1999 in Israel verurteilt wegen Vorbereitung eines Selbstmordanschlages. Parallel werden mehr als 400 Gefangene von Israel aus direkt in die Palästinensergebiete und in den Libanon entlassen.

Der Deal läuft perfekt. Eingefädelt vom deutschen Außenministerium und dem Bundesnachrichtendienst, federführend organisiert von August Hanning, dem Chef des BND und Geheimdienstkoordinator Ernst Uhlau.

Am nächsten Tag dann Jubelstimmung im deutschen Blätterwald: Eine „reife Leistung“ wird hier zelebriert, Deutschland als „ehrlicher Makler“ im Nahen Osten gelobt. Das Hamburger Abendblatt aber kann sich nicht so recht begeistern. Es schreibt:

In der libanesischen Hauptstadt wartet ein Heldenempfang auf die ... Heimkehrer. Sie wurden von ihren Angehörigen überglücklich in die Arme geschlossen. Auch Staatspräsident Emil Lahour, Regierungschef Rafik Hariri und Hisbollah-Chef Scheich Hassan Nasrallah umarmen die Heimkehrer.

Tausende säumten die Zufahrtsstraßen zum Flughafen, um den Freigelassenen zuzuwinken und Blumen zu streuen. Als der Luftwaffen-Airbus landet, steigen Feuerwerksraketen auf. Nach dem offiziellen Empfang werden die ... Libanesen von ihren Familien begrüßt.

Die Menge schwenkt neben den gelben Hisbollah-Fähnchen auch schwarz-rot-goldene Flaggen. „Ich halte die deutsche und die Hisbollah-Fahne hoch, weil ich beiden Seiten dafür danken will, daß sie unsere Gefangenen zurückgebracht haben“, sagt die Palästinenserin Umm Dschihad.

In Israel ist die Stimmung hingegen gedämpft. Am Flughafen von Tel Aviv findet eine militärische Ehrenzeremonie an den Särgen der drei getöteten Soldaten statt. Ministerpräsident Ariel Scharon warnte die militanten Gruppen vor weiteren Entführungen israelischer Soldaten.

Während der Aktion, die in Deutschland euphemistisch „Gefangenaustausch“ genannt wurde, sprengte sich ein Selbstmordattentäter in Jerusalem in einem Bus in die Luft. Die Terrororganisationen Hamas, Dschihad und die Al-Aksa-Brigaden feierten das Attentat und die Freilassung der Gefangenen als großen Erfolg. Terror, Gewalt und Mord, so die Botschaft, führen zu Sieg.

Der Austausch, 435 lebende Terroristen gegen 3 tote israelische Soldaten und einen einzigen lebenden Geschäftsmann, ist so außerhalb jeder Relation, daß es in Deutschland kaum Erwähnung findet. Israels Dilemma, den Terror nicht belohnen zu wollen und doch die eigenen Leute, tot oder lebendig, nicht im Stich zu lassen, wird wenig beachtet. Statt dessen spricht man von „00-Uhlau“, der als deutscher James Bond im Derrik-Outfit die Beziehungen zur arabischen Welt zur besten Geschäftsgrundlage ausgebaut hat.

Der interkulturelle Dialog auch noch mit den schlimmsten Regimes und Terrorgruppen, den insbesondere die rot-grüne Bundesregierung auf- und ausgebaut hat, katapultierte Deutschland – ganz pragmatisch betrachtet – in eine sehr komfortable Position: Deutschland ist Global Player geworden. Deutschland ist heute eine wichtige, ja eine entscheidende Kraft im Nahen Osten. Um dies zu erreichen, war der z.T. offen ausgetragene Konflikt mit den Amerikanern zwingend notwendig. Deutschland kann nur etwas auf der Weltbühne werden, wenn es nicht im Schatten der USA – so wie es ein PDS-Wahlplakat beschreibt – sondern gegen die Amerikaner agiert.

Grundlegung eines deutsch-europäischen Konzeptes

Das dahinter stehende politische Konzept kann mit „Appeasement und interkultureller Dialog“ auf den Punkt gebracht werden. Wie ist dieses Konzept motiviert? Dazu ist schon viel geschrieben worden und ich möchte nur noch einmal einige mir wesentliche Punkte zusammenfassen:

1. Hinter der deutschen Politik des Appeasements steht – und dies sicherlich nicht an letzter Stelle – die richtige Einschätzung einer enormen Bedrohungssituation. Die Angriffe auf New York 2001 und Madrid 2004 versteht man als Warnung, daß dies auch in Berlin, Hamburg und Frankfurt geschehen kann. In diesem Kontext sind die Appeasement- und Dialog-Bemühungen gegenüber den Fundamentalisten ebenso logisch wie die innenpolitische Einheitsfront von Schily bis Beckstein für den Fall, daß das Friedensangebot überraschend doch nicht angenommen wird.
2. Die – nun ja – überzogenen Reaktionen der arabischen Welt auf die Amerikaner und ihre Verbündeten muß man nicht für richtig halten. Dem Appeasement geht aber die Einschätzung voraus, daß die amerikanische Politik tatsächlich die wesentliche Ursache der sozialen, kulturellen und religiösen Verwerfungen im Nahen und Mittleren Osten ist. Diese gemeinsame europäisch-islamistische Schuldzuschreibung bildet die Brücke für den Dialog, konstituiert auch ein gemeinsames – mal europäisch-diplomatisch, mal islamistisch-terroristisch artikuliertes – Feindbild: die USA.
3. Eine weitere Brücke zwischen Europa und den Fundamentalisten bildet das gleichermaßen empfundene Gefühl von Minderwertigkeit und Überlegenheit. Daß die Amerikaner spätestens seit dem Ende des 2. Weltkrieges ökonomisch, militärisch und auch kulturell (oder sollte ich sagen: kultur-industriell?) die unangefochten größte globale Macht darstellen, empfindet man in Europa ebenso wie im Nahen und Mittleren Osten nicht nur als Demütigung, sondern als Bedrohung. Dies wird allerdings kompensiert durch den Glauben an die eigene moralische,

soziale und kulturelle Überlegenheit. Von der durch die EU zum Sozialhilfswerk geadelten Hamas über die No-Globals als moralisches Weltgewissen bis hin zum deutschen Oberstudienrat, der in Bushs Amerika nur Kulturlosigkeit entdecken kann, hat man darin eine gemeinsame Basis.

4. Während man die Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten immer noch als Niederlage erinnert, während eigene militärisch-imperialistische Bemühungen stets in Tod, Elend und Niederlage endeten, ist das einzig erfolgreiche, eigene politische Konzept der Deutschen 1989 manifest geworden: Wandel durch Dialog, Entspannungspolitik und friedliche Revolution. Der Niedergang des Ostblocks wird genau darauf zurückgeführt. Daß die korrupten, maroden und verbrecherischen Regimes im Osten Europas letztlich an der ganz eigenen ökonomischen Unfähigkeit und dem Todrüsten auf dem Rücken des solventen, amerikanischen Steuerzahlers stattfand, wird dabei gern verschwiegen. Auch daß die kommunistischen Regimes aus sich heraus schon so am Ende waren, daß sie – und das unterscheidet sie von religiösen und faschistischen Fanatikern – nicht einmal mehr die gewaltsame Auseinandersetzung suchten, bleibt zumeist unerwähnt. Appeasement also hat – so die deutsche Version der Geschichte – den Kommunismus in die Knie gezwungen. Ein Erfolgsmodell also.
5. Schließlich sind Appeasement und interkultureller Dialog von einer zutiefst reaktionären Weltsicht geprägt, die sich als besonders liberal ausgibt: Die der bedingungslosen Toleranz für jede noch so erbärmliche, ja tödliche Form von Herrschaft und Unterdrückung in aller Welt, die dann als „ursprüngliche kulturelle Eigenart“ akzeptiert wird, eine Toleranz, die den eigenen Wahrheitsanspruch und damit eine uneingeschränkte Gültigkeit universaler Werte opfert, die im Westen über fürchterliche Jahrhunderte hinweg erkämpft wurden.

Dies alles hat sicher auch etwas damit zu tun, daß die liberale Gesellschaft insbesondere in Deutschland nie als genuin „eigenes“ angesehen wurde, daß – daran erinnert uns der D-Day – Demokratie und bürgerliche Freiheiten von den Amerikanern und Briten in Deutschland installiert und 40 Jahre lang gesichert wurden.

Die demütigende Erfahrung, Demokratie und westliche Lebensweise letztlich durch Waffengewalt und fremdländische Kulturindustrie aufgezwungen zu bekommen, will man den arabischen Staaten gern ersparen. Auch dadurch ist die Berliner Politik geprägt.

Exkurs zu Sokrates

Einen über fast 2 ½ Jahrtausende prägenden Einfluß auf das europäische Denken übte Sokrates aus, ein Einfluß, der im sophistischen deutschen Außenamt sein neuzeitliches Ende zu finden scheint.

Nicht nur, daß schon Sokrates gegen die Sophisten für den Begriff eines allgemein (heute würde man sagen universal) Richtigen stritt. Das Gute, so meinte Sokrates, sei ein Allgemeinbegriff. Wissen bedeutete für ihn 1. tatsächliches Wissen (über das was ist), 2. normative Einsicht (über das, was sein soll) und 3. das bedingungslose Einstehen für das als richtig, für das als objektiv Erkannte.

Darüber hinaus erklärte Sokrates auch schon, wann Dialog überhaupt Sinn macht, nämlich dann, wenn man sie als provokatorische „Hebammentätigkeit“ betreibt. Dabei stößt man auf das Problem, Bedingungen für eine freie und vernunftgeleitete Diskussion herstellen zu müssen. Diese freie und rationale Situation verbietet Überredung und Manipulation. Und sie erzwingt geradezu, Widersprüche, Fehler und Irrationalitäten aufzudecken.

Ein solcher Dialog findet zwischen Europa und den Fundamentalisten im Nahen und Mittleren Osten allerdings nicht statt. Dieser ist auch schlicht unmöglich, da eine freie und rationale Situation als Bedingung für eine vernunftgeleitete Diskussion mit dem abgeschlossenen Wahnsystem des Islamismus, dem der Tod und nicht das Leben als Wert erscheint, schlicht unmöglich ist. Ein halbwegs rational denkender Mensch kann am Irrationalismus des totalitären Fanatismus nur verzweifeln.

Wozu aber dient dann der interkulturelle Dialog? Es scheint, daß dieser Dialog, wie schon erwähnt, vor allem der Türöffner in den Nahen und Mittleren Osten und damit auf die Bühne der Weltpolitik sein soll, deren nächster Schritt ein ständiger Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat sein wird. Dieser Dialog hat aber noch eine ganz andere Komponente.

Sozialarbeiter Deutschland

Als sich Anfang der 90er Jahre eine Welle rechtsextremistischer Gewalt insbesondere im Osten Deutschlands ergoß, probte das erstarkende rot-grüne Milieu erstmals das Konzept von Appeasement und interkulturellem Dialog.

Nicht, daß den Neonazis dabei in aller Verbindlichkeit von Polizei, Justiz, Politik und Zivilgesellschaft die Grenzen aufgezeigt wurden. Nein, statt dessen wurde solange über Verwerfungsprozesse, zusammenbrechende kulturelle Identitäten, soziale Notstände und mangelnde mütterliche Liebe geredet, daß gegenüber jedem schwerstkriminellen Faschisten zwischen Oder und Elbe das kritische Verstehen durch bedingungsloses Verständnis ersetzt wurde.

Verständnisvolle Sozialarbeiter statt Knast, Integration im rechtsradikalen Jugendclub statt Exmatrikulation aus der Gesellschaft, Sorge und Fürsorge für die Täter, nicht für die Opfer. Allein: Rostock Lichtenhagen brannte, dutzende Migranten fielen in den 90er Jahren dem rechten Terror zum Opfer.

Ist es nicht erstaunlich, wie ähnlich der Umgang mit den Neonazis innenpolitisch und der Umgang mit den Islamisten und Baath-Faschisten außenpolitisch ist? Vielleicht sieht sich die Bundesregierung ja tatsächlich als Sozialarbeiter der Terrortruppen im Namen des Islam. Und dabei gilt, um ein Wort des Außenministers zu zitieren, gilt: „Dialog ist die beste Medizin.“

Dialog-Beispiel 1: Beirut

Vom 17. bis 19. Februar 2004 fand am Deutsche Orientinstitut in Beirut eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des libanesischen Hisbollah-Think-Tanks „Consultative Center for Studies and Documentation“ mit Unterstützung der österreichischen Botschaft statt. Der Titel: „Die islamische Welt und Europa – Vom Dialog zum Verstehen“.

Das angestrebte Arrangement zwischen Islamismus und europäischen Gesellschaften funktionierte sehr gut, als der deutsche Nahost-Experte Michael Lüders mit dem in Europa akademisierten Islamismus, u.a. vertreten durch Tariq Ramadan, und eher regional verwurzelten radikalen Islamisten z.B. der Hisbollah diskutierte. Die Frage, was dort diskutiert wurde, der konsensuale Antiamerikanismus, die gemeinsame Kritik an der Globalisierung oder die vielleicht sogar abweichenden Begründungen für die gemeinsamen Aversionen gegenüber Israel, ist müßig.

Mohsen Salah vom besagten Hisbollah-Think-Tank erklärte dementsprechend auch öffentlich: „Wir versuchen einen neuen Ansatz. Wir versuchen bestimmte Themen zu beleuchten, die beide Kultur- und Bevölkerungskreise betreffen.“

Im Internet kann man die Themen, die beide Kultur- und Bevölkerungskreise zu betreffen scheinen, dann nachlesen: Widerstand gegen die Besatzung, der politische Islam und amerikanische Außenpolitik. Fallstudien zu Palästina und dem Irak.

Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken haben dazu einen Text auf der Internetseite „Die Jüdische“ veröffentlicht, der den Titel „Verständnisvolles Europa“ trägt und zum nachlesen empfohlen sei. Die europäischen, islamistischen und panarabistischen Referenten werden hier in Wort und Tat vorgestellt: Wahrlich ein west-östlicher Grusel-Diwan.

Interessant ist, daß diese Konferenz in den europäischen Medien fast gar nicht auftauchte, in der arabischen Welt sehr wohl. Dies änderte sich erst nach beharrlichem Engagement einiger weniger. Leslie Tramontini,

wissenschaftliche Mitarbeiterin des Orient-Instituts, reagierte darum auch recht ungehalten, wies darauf hin, daß die Initiative vom Think Tank der Hisbollah stamme und meint: „Wie könnten wir eine solche Veranstaltung nicht begrüßen?“

Der Druck erhöhte sich, bei der Ende April in Berlin stattgefundenen Antisemitismus-Konferenz der OSZE demonstrierten einige Unbeirrbare gegen die Doppelmoral der deutschen Außenpolitik. Bei der Abschlußpressekonferenz wurde Joseph Fischer dann endlich öffentlich gefragt, warum die regierungnahe Friedrich-Ebert-Stiftung sich in Beirut mit Islamisten trifft. Er fand deutliche Worte: Er werte die Beiruter Konferenz als klaren Fehler, der sich nicht wiederholen dürfe. Dies, so Fischer, sei wohl auch der Friedrich-Ebert-Stiftung inzwischen klar.

Dialog-Beispiel 2: Islamische Frauen-Power in Berlin

Die neue Strategie des Außenministeriums scheint es deshalb zu sein, sich nicht mehr – zumindest öffentlich – mit Terrorbanden und ihren Agitatoren zu verabreden. Dafür ist, wie bereits erwähnt, der Bundesnachrichtendienst und sein Ober-Derrick, OO-Uhlau, zuständig.

Zielführender scheint es zu sein, die offensichtlichen Verbrechen im Islam dadurch aus dem öffentlichen Blick zu verdrängen, indem man das andere, das wahre, das gute Gesicht des Islam präsentiert. Und – bei den Vorurteilen über den Islam, den wir bislang als gewalttätig frauenfeindlich beurteilten – was kann überzeugender sein als Success-Stories islamischer Frauen zu präsentieren? Es braucht keine Argumente meinerseits, es soll genügen, die Verlautbarungen des Außenministeriums im Wortlaut erklingen zu lassen:

Auf Initiative von Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, werden am 24.05. Musliminnen aus 20 Ländern der islamischen Welt sowie aus Deutschland zur Konferenz "Frauen in der islamischen Welt - Musliminnen in Deutschland: Positive Rollenmodelle" im Auswärtigen Amt in Berlin zusammenkommen. Staatsministerin Müller hat zu dieser Konferenz im Rahmen des "Europäisch-islamischen Kulturdialogs" eingeladen, den das Auswärtige Amt mit den Ländern der islamischen Welt führt. Frauen sind eine wichtige Zielgruppe dieses Dialogs.

Die Konferenz stellt beruflich aktive Frauen aus der islamischen Welt in den Mittelpunkt. Unter den Teilnehmerinnen befinden sich u.a. die prominente Moderatorin des Fernsehsenders Al-Jazeera Khadidja Ben Ganna, die marokkanische Geologieprofessorin Dr. Najia Al-Boudali, die Staatssekretärin im jordanischen Planungsministerium Hala Bsaisu Lattouf sowie Frau Iman Al-Shargabi als Vertreterin einer Frauenorganisation aus dem Jemen. In drei Panels werden die TeilnehmerInnen über die rechtlichen Rahmenbedingungen der Berufstätigkeit von Frauen in der islamischen Welt, über die Bedeutung von Karriere und Erfolg sowie über

die Erfahrungen von Musliminnen in Deutschland diskutieren und dabei ihre eigenen Rollenmodelle und Lebensentwürfe vorstellen.

Staatsministerin Müller erklärt hierzu:

"Das Verhältnis Europas und Deutschlands zu seiner muslimischen Bevölkerung und zu seinen muslimischen Nachbarländern wird derzeit intensiv diskutiert. Dabei darf sich die Diskussion nicht darauf beschränken, daß wir über den Islam sprechen, wir müssen vielmehr den Dialog mit den Menschen, die dem Islam angehören und ihn vertreten, aktiv suchen und mit Leben erfüllen. Ein besonders wichtiges Element dabei scheint mir, daß wir gerade auch die Frauen der muslimischen Welt in diesen Dialog miteinbeziehen.

Ich habe daher muslimische Frauen eingeladen, die in ihren Ländern an verschiedenen Stellen beruflich aktiv sind. Die Konferenz soll eine Gelegenheit zum Austausch über ihre politischen und gesellschaftlichen Erwartungen, über ihre Lebenserfahrungen, Lebensentwürfe sowie über Herausforderungen und Grenzen bieten. Sie soll dazu beitragen, Kontakte herzustellen und Netzwerke aufzubauen, innerhalb derer der offene Dialog untereinander sich fortentwickeln kann."

Kein Wort von Burka und Ehrenmord, kein Wort von der massiven und gewaltsamen Unterdrückung der Frauen in allen islamischen Ländern. Statt dessen will sich Kerstin Müller gegen ein „stereotypes Bild von muslimischen Frauen“ wenden, indem sie „gestandene, erfolgreiche Frauen“ in Berlin ins Ministerium lädt. Im Deutschlandfunk erklärt sie deshalb:

Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte und Islam, das muß kein Widerspruch sein, denn dort kämpfen die Frauen ja auf der Basis des Islams für mehr Rechte.

Und weiter:

Frauen sind nicht Opfer, Frauen sind nicht schwach, Frauen sind in all diesen Gesellschaften aktiv Handelnde, die ihre Gesellschaft mitgestalten.

Schließlich wird der Islam blendend weiß gewaschen:

Sie machen es ... auf der Basis ... ihres Glaubens und sagen hier deutlich, es ist nicht der Islam, der für uns solche Situationen und Schwierigkeiten bringt ... es geht eben doch darum, hier in Deutschland mal ein differenziertes Bild der Frau in den islamischen Ländern darzustellen.

Dieser interkulturelle Dialog scheint kaum dazu geeignet, die reale Rolle der Frauen in den islamischen Ländern zu verbessern. Die Ausnahme wird zur Regel erklärt und das millionenfache Elend der gewaltsamen Unterdrückung der Frauen im Namen Allahs schlicht totgeschwiegen. In wessen Auftrag und in welchem Geist erledigt die deutsche Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, ihren Job?

Dialog-Beispiel 3: OSZE-Antisemitismus-Konferenz

Es war eine denkwürdige Veranstaltung in den Diensträumen des Joseph Fischer. Am 28. und 29. April 2004 trafen sich ca. 600 Vertreter von Regierungen und NGOs zur zweiten OSZE-Antisemitismus-Konferenz. Der historische Fortschritt, daß im Zentrum der deutschen Hauptstadt nicht die Verbreitung sondern die Bekämpfung des Antisemitismus diskutiert wird, ist nicht von der Hand zu weisen und wurde an den zwei Tagen auch umfänglich gewürdigt. Soweit auch schon zum Erfreulichen.

Die Frage, ob diese Veranstaltung, wie von den Regierungsvertretern allenthalben behauptet, tatsächlich konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Der Auftakt, bei dem Bundespräsident Johannes Rau den Teilnehmern ernsthaft zu erläutern versuchte, daß Antisemitismus „schlimm“ und deshalb „nicht gut“ sei, endete in einer ebenso brillanten Argumentation, daß man der Sache keinen Gefallen täte, würde man sie übertreiben, man müsse darum, so der ältere Herr im pastoralen Ton, sehr sorgfältig mit dem Vorwurf des Antisemitismus umgehen. Er versuchte dies durch die alte Mär zu illustrieren, daß Kritik an Israel eben nicht antisemitisch sondern legitim, ja sogar im Interesse derer sei, die gemeinhin Opfer des Antisemitismus seien.

Genau um diese Frage drehte sich ein wesentlicher Teil der Konferenz. Regierungsvertreter und NGOs überboten sich förmlich in der Häufigkeit der Aussage, daß Kritik an Israel im Allgemeinen legitim und leider in Ausnahmefällen von Antisemiten mißbraucht würde.

An dieser Frage und ihrer Beantwortung aber kann man das Dilemma der Tagung nachvollziehen: Alles verblieb im Allgemeinen. Nichts wurde konkret. Niemandem wurde also weh getan. Es scheint, dies war der Plan.

Die Ausnahme machten die Amerikaner auf ihrer Pressekonferenz. Sie bemühten sich um eine deutliche Grenzziehung, ab wann eine Kritik an Israel antisemitisch genannt werden kann.

Zum einen verurteilten sie die „Double Standards“: In der Beurteilung und Kritik Israels dürften nicht unterschiedliche Maßstäbe angesetzt werden als an andere. In einer Diskussion z.B. um die Verhältnismäßigkeit der Mittel, bei der palästinensische Massenmörder sich gegen israelische Zivilisten wenden und umgekehrt israelisches Militär gezielt gegen Terrorführer vorgeht, weil diesen mit diplomatischen und polizeilichen Maßnahmen nicht beizukommen ist, sind diese Double Standards erst jüngst bei vielen Presseberichten über die Tötung von Yassin und Rantisi zu beobachten gewesen.

Zum zweiten wurde die Tendenz zur „Delegitimierung“ festgestellt: Eine Kritik an Israel, die zuerst die Verteidigung der eigenen Staatsbürger und später den Staat selbst delegitimiert, dem jüdischen Staat, seinen Verantwortlichen und seinen Bürgern also eine ausschließlich passive, erdulende Rolle zuweist, ist antisemitisch.

Derartig klare Worte waren die Ausnahme.

Immer wieder wurde auf der Konferenz der Antisemitismus auf klassische Hetze im Vokabular der Nazis sowie auf gewalttätige Übergriffe auf Juden oder jüdische Einrichtungen reduziert. Selten wurde ein Antisemitismus unterhalb dieser Schwelle deutlich benannt.

So erschien die Diskussion in den verschiedenen Foren oft banal. Vertreter von Regierungen und NGOs scheuten sich zumeist, die tatsächlichen Probleme beim Namen zu nennen. Der moslemische Antisemitismus vieler Migranten, die Presseberichterstattung über Israel, die anti-israelische Hetze der europäischen Friedensbewegung: All diese wurde nur selten benannt und in der Abschlusserklärung vollständig verschwiegen.

Statt dessen bemühte man sich immer wieder, auf die Gefahr eines Antisemitismus hinzuweisen, der entstehen könnte, würde man Kritik am moslemischen Antisemitismus zu deutlich formulieren. Einige NGO-Verteter stellten schließlich die Frage, ob es nicht nach dem 11. September in Amerika

und nach dem 11. März in Spanien fast gefährlicher sei, Muslim als Jude zu sein.

Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung wußte dies in ihrer Abgeklärtheit recht schulmeisterlich einzuordnen: Dies sei eben Diplomatie. Damit hat sie das Unwort der Konferenz ausgesprochen.

Kompromißlos listete die Französin Simone Veil zahllose Beispiele eines Antisemitismus in Frankreich auf. Dabei wußte sie wohl zwischen der republikanischen Staatsraison, die es zu stärken, und dem wachsenden, volkstümlichen Antisemitismus, den es zu bekämpfen gilt, zu unterscheiden. Und Foxman, Chef der Anti-Defamation League, formulierte lautstark, was sonst tunlichst aus der öffentlichen Debatte herausgehalten wurde: Daß das Verschweigen des moslemischen Antisemitismus im Abschlußpapier der Konferenz auf massiven Druck der arabischen Staaten zurückzuführen sei.

Wenn nächstes Jahr die dritte OSZE-Antisemitismus-Konferenz im spanischen Cordoba stattfindet, werden es – wenn alles schlecht läuft, und nichts spricht dagegen – die Teilnehmer auf den Podien leicht haben: Sie packen wieder die alten Texte vom Vorjahr aus und verlesen sie aufs neue. Kaum jemand wird es bemerken.

Die sonore Stimme der Beschwichtigung war auf der Konferenz unüberhörbar: Alles halb so schlimm. Appeasement eben.

Diskursstrategie

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, warum das Konzept „Appeasement und interkultureller Dialog“ für Deutschland aktuell ein Erfolgsmodell darstellt. Dies ist, folgt man den Gedanken Robert Kagans, eines bedeutenden amerikanischen Neokonservativen, zunächst einmal die Strategie der Schwachen, ihre Interessen durchzusetzen. So schmähen sie die Machtpolitik, verdammten Krieg und militärische Macht, Felder, auf denen sie weit unterlegen sind, sie bevorzugen die Strategien der indirekten Einflußnahme. Die Appeasementpolitik ist, so Kagan, in Wahrheit kein Produkt rationaler Analyse, sondern politischer Schwäche.

Aber zwei Dinge kommt sicher noch hinzu. Zunächst scheint die Psychologie der Abhängigkeit, die während des Kalten Krieges eine unumstößliche Realität für die Westeuropäer und den Weltkriegsverlierer Deutschland war, zu einem Gefühl der Demütigung und des subversiven Hasses geführt zu haben. So war die Reaktion von Anteilnahme und Solidarität mit den Amerikanern nach dem 11. September von sehr kurzer Dauer, der Vorwurf an die USA, es eigentlich nicht anders verdient zu haben, folgte schnell, heftig und andauernd.

Kagan schreibt in seinem Buch „Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung“:

Das Unvermögen, auf Bedrohungen zu reagieren, führt jedoch nicht nur zur Toleranz. Es kann auch zur Verdrängung führen.

Aus der Psychologie der Abhängigkeit gegenüber Amerika und des sich daraus ergebenden Minderwertigkeitskomplexes entwickelt sich aber wohl nicht nur Toleranz und Verdrängung in Hinblick auf die Feinde Amerikas. Kagan scheint bei dieser Beurteilung ein sehr milder, höflicher Zeitgenosse zu sein. Ich fürchte vielmehr, daß sich eine gewisse Sympathie für Amerikas offensten, entschiedensten Feind entwickelt hat: den Islamismus.

Deshalb auch das freundschaftliche Engagement vom Deutschen Orient-Institut bis zum BND, das Verschweigen oder gar Leugnen jedweder Probleme

mit den Regimes des Nahen und Mittleren Ostens, deswegen auch das Reinwaschen des Islam auf allen Ebenen. Vor dem Hintergrund dieser Entsolidarisierung gegenüber Amerika und der unheimlichen Kumpaneit mit dem realpolitischen Islam, gewinnt Kagans Analyse dann doch noch einmal an Schärfe. Er schreibt, kurz vor Beginn des Irak-Krieges:

Denn obgleich der Irak und andere „Schurkenstaaten“ eine Bedrohung für Europa darstellen, bedrohen sie die Europäer objektiv nicht so stark wie die Vereinigten Staaten ... Doch gerade seine große Macht und seine Bereitschaft, die Verantwortung für den Schutz anderer Staaten zu übernehmen, läßt Amerika zum Hauptziel und oft zum einzigen Ziel werden.

Der Dialog mit den Wegbereitern von Terror, Antisemitismus und Antiamerikanismus geht weiter. Nächstes Wochenende findet unter dem Titel „Constitution and Confessions - The Politics of Religion“ in Potsdam eine Internationale Konferenz statt, zu der das Einstein-Forum zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung einlädt. Akademisierte Islamisten wie Tariq Ramadan dürfen hier über „Gleichheit als Ideal des Islam“ referieren, während die Direktorin des Einstein-Forums, Susan Neiman, im Vorfeld der Konferenz der FAZ ins Feuilleton schreibt:

Danke, Schröder! Deutschland ... könnte einen berechtigten Stolz auf seine Regierung empfinden, als eine der wenigen, die früh den Mut hatten, Stellung zu beziehen...

Alle Vergleiche sind ungenau. Doch stellt sich die Frage, ob den Deutschen bewußt ist, was die jetzige Regierung für Deutschland im Ausland vollbracht hat. Fischers Bemühungen im Nahen Osten und Schröders entschiedene Ablehnung des ungerechtfertigten Krieges sind nicht nur bekannt und geschätzt. Sie sind Ereignisse, die zu einem neuen Deutschland-Bild beitragen...

Die Welt braucht ein Deutschland, das nicht nur seine Vergangenheit bereut, sondern aus ihr lernt. Die selbstbewußten und differenzierten deutschen Entscheidungen der letzten Jahre – vom Kosovo bis zum Irak – zeugen von einem erwachsenen Land, das gelernt hat, sowohl politisch als auch moralisch zu handeln...

Genau diese Worte von Susan Neiman sind die Basis für den Dialog:
Deutschlands Moral gegen Amerikas Kriege.

Lessons learned

Diese Politik wird zumeist als Ergebnis gelernter Lektionen deutscher Geschichte verkauft. „Nie wieder Krieg!“ heißt es heute. Um außenpolitisch zu triumphieren, braucht Deutschland, zumindest im Moment, auch kaum weiteres militärisches Engagement zu zeigen. Deutschland als pazifistisches und moralisches Weltgewissen - das ist die rot-grüne Erfolgsgeschichte.

Paul Bermans Essay „Terror und Liberalismus“ ist dieser Tage auf deutsch erschienen. Es legt eine gänzlich andere Lehre aus der Nazi-Zeit nahe. Ich möchte einige seiner Thesen nachfolgend vorstellen, da ich sicher bin, daß es kaum prägnanter als in Bermans Worten zu fassen ist, was uns vor Augen steht: Eine neue totalitäre Bedrohung, etwas dem Faschismus Vergleichbares, aggressiv, dynamisch, paranoid, mörderisch, großspurig, demagogisch und vor allen Dingen eines: irrational.

Bezugnehmend auf den biblischen Mythos der Offenbarung des Johannes, der Hure Babylon und dem Krieg von Harmagedon, faßt Berman in seiner eigenen, sehr einleuchtenden Totalitarismus-Theorie zusammen, was die totalitären Bewegungen der Anti-Moderne stets einte:

1. Eine Argumentation der Freiheit und Gleichheit, die aber die Ausschaltung des Individuums zugunsten des Kollektivs meint und sich in Verbrechen durchsetzen muß.
2. Ein bedingungsloser, eliminatorischer Kampf gegen alle inneren und äußeren Feinde, maßlos, unterschiedslos und bis zu vollständigen Vernichtung, bis zum reinigenden Gewitter eines Harmagedon, eine apokalyptische Revolte gegen die Moderne.
3. Der Kult von Aufopferung, Mord und Selbstmord, der den erfüllten Tod und nicht das erfüllte Leben zum Ziel hat.
4. Sympathie für die totalitäre Bewegung oder zumindest Sorglosigkeit relevanter Teile der liberalen Intelligenzija des Westens.

Damit kann er tatsächlich in Stalinismus und Faschismus einige Analogien sehen. Seinen direktesten Vergleich konstruiert er aber zwischen altem Faschismus und modernem Islamismus und Panarabismus. Begegnet man dieser irrationalen Totalität nicht entschieden und auf allen Ebenen, kulturell, intellektuell und auch militärisch (die Gefahr des Appeasements sieht er insbesondere in Europa), so käme dies einem westlichen Selbstmord gleich. Und auch der Kolumnist Daniel Pipes, recht unzweideutig ein strammer amerikanischer Republikaner, schrieb vor kurzem:

Europa hat gleichzeitig nie da gewesene Höhen an Wohlstand und Friedfertigkeit erreicht – und eine einzigartige Unfähigkeit gezeigt, sich selbst zu erhalten ... Ist es unvermeidlich, daß die brillianteste erfolgreichste Gesellschaft die erste ist, die Gefahr läuft zu kollabieren ... Ironischerweise scheint die Schaffung eines Ortes, an dem man gerne lebt, auch ein Rezept für Selbstmord zu sein. Die menschliche Komödie geht weiter.

Als linker Falke, wie sich Berman selbst bezeichnet, will er sich nicht auf die UNO verlassen. Zwar scheint folgende Ansicht nach dem 2. Weltkrieg recht verbreitet:

Umfassende Koalitionen gelten im Reich der internationalen Politik als Inbegriff des politischen Prinzips.

Und wir erinnern uns, daß Schröder und Fischer nur zu oft die internationale Staatengemeinschaft anrufen, der a priori eine friedensstiftende Rolle zugesprochen wird. Zu unrecht, wie Berman meint:

Die Allianz erwies sich als Piraten-Besatzung, bestehend aus Terroristen, Diktatoren, Königen, Antizionisten, Öl-Moguln und einäugigen Gangstern. Sie war ein erschreckender Anblick: die Vollversammlung der Vereinten Nationen.

Schließlich immer wieder Bermans Frage:

Und wenn die Mitglieder der Front des Weltislam gegen Juden und Kreuzzügler darauf bestehen, einen Krieg der Kulturen zu erkennen, sollten wir ihre Ansichten dann nicht ernst nehmen?

Die deutsche und die europäische Politik, die Ausgleich und Dialog zum Dogma erhebt, macht einen entschiedenen Fehler:

Der Fehler [besteht] in einem arroganten und irreführenden Glauben an die Macht der menschlichen Vernunft ... [und] dem bewußten Abtun der von irrationalistischen Massenbewegungen ausgehenden Gefahren ...

Dieser Glaube ist die Kehrseite des Liberalismus – nicht des Liberalismus als des Vorkämpfers von Freiheit, Rationalität, Fortschritt und der Akzeptanz der Ungewißheit, sondern des Liberalismus als blinden Glauben an eine vorherbestimmte Zukunft, Liberalismus als Fantasie einer streng rationalen Welt, Liberalismus als Verleugnung.

Die erhoffte Vernunft in der Unvernunft wird allerdings nur schwer zu finden sein, wo allein die wohlhabenden Saudis in den letzten Jahren ein Missionsprogramm auflegten, das den Bau von nicht weniger als 1500 Moscheen weltweit finanzierte.

Bermans Argumentation endet in verhaltenem Optimismus, aber es gibt auch eine andere Lesart:

Dann, wenn die Gotteskrieger das Friedensangebot der Europäer nicht mehr akzeptieren (und Madrid war eine deutliche Warnung), dann, wenn das so um die Islamisten bemühte saudische Königshaus von seinen eigenen Kreaturen angegriffen wird, bricht das Kartenhaus aus Appeasement und interkulturellem Dialog zusammen. Dann sind der Westen und seine imaginierte Partner – es kann kaum anders sein – paralyisiert und tief gespalten. Eine Situation, die nicht unähnlich den frühen vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts sein würde.

In einem Gespräch sagte mir einmal eine israelisch Regierungsangestellte, die Deutschen würden aus dem 2. Weltkrieg die Lehre gezogen haben: Nie wieder Krieg. Die Israelis dagegen: Nie wieder kein Krieg gegen Faschismus.

Mir fallen im Moment nicht viele Gründe ein, in Anbetracht der Situation Bermans Optimismus, der etwas hilflos wirkt, zu teilen. Und dennoch will ich Berman mit Blick auf den D-Day noch einmal zitieren:

Doch ... können wir uns auf die Erfahrung der vielen letzten Jahr stützen, und diese Erfahrung kann uns lehren, welches Ziel wir im Auge behalten sollten. Bei der Schilderung der Nihilisten und ihres Denkens schrieb Camus: „Hier sind Selbstmord und Mord zwei Seiten des gleichen Systems.“ Wir sind die Antinihilisten – wir sollten es jedenfalls sein. Ereignisse auf der ganzen Welt haben uns die Existenz eines antinihilistischen Systems demonstriert. Das antinihilistische System hat ebenfalls zwei Seiten. In diesem System bedeutet Freiheit für andere Freiheit für uns selbst. Treten wir also für die Freiheit anderer ein.

Desaster

Das „Eintreten für die Freiheit anderer“ haben die Amerikaner und Briten mit ihren wenigen Verbündeten im Irak versucht. Während die Alliierten das faschistische Baath-Regime beseitigten und sich massiv dafür engagieren, daß den Irakis nicht neue Panarabisten oder Islamisten den Weg in eine moderate und moderne Gesellschaft versperren, stehen die meisten Europäer abseits und fühlen wohligen Schauer, sehen sie das Unternehmen scheitern. Im Herbst letzten Jahres schrieb der wunderbare Leon de Winter an George W. Bush:

Sie haben zwei Völker von Tyrannen befreit. Keinen mickrigen kleinen Tyrannen der Sorte Honecker, die natürlich schon schlimm genug war, sondern Tyrannen von klassischem Format, von Ausmaßen, die wir uns hier im befriedeten Europa gar nicht mehr vorstellen können..

In Afghanistan und im Irak haben Sie grausame Regimes verjagt, und demzufolge stellen Sie in den Augen gebildeter europäischer Denker paradoxerweise eine Gefahr für den Weltfrieden dar. Man mißtraut Ihren Motiven, Ihrer Macht, ja sogar Ihrem Charakter. Sie werden gehaßt.

Haben Sie sich denn im Hinblick auf die Regimes, die Ihre Truppen gestürzt haben, getäuscht? Haben sich die Taliban als progressive, humane Volksbewegung entpuppt, und war Saddam Hussein am Ende gar ein arabischer Vaclav Havel? ...

Machen wir uns nichts vor: Ihren Feinden geht es gar nicht um das irakische Volk. Sie wollen die Begrenzung Ihrer Macht. Und wenn Terrorakte gegen Ihre Soldaten im Irak diese Macht anfressen, können sich Ihre Feinde der Illusion hingeben, Ihre Macht ließe sich eines Tages neutralisieren...

Die Frage, ob sich die arabische Welt demokratisieren und modernisieren kann, wird jetzt im Irak beantwortet. Das ist nicht nur für alle Araber, die sich nach Freiheit sehnen, von größtem Belang: Die gesamte Welt, auch die europäische, benötigt arabische Demokraten. Denn ohne breite

arabische Unterstützung läßt sich kein Krieg gegen den menschenverachtenden Islamismus führen.

Sie, verehrter Präsident Bush, verdienen die Unterstützung Europas. Es muß jetzt endlich Schluß sein mit der rachsüchtigen Heuchelei Ihrer Feinde. Amerika und Europa zusammen sollten die demokratischen Kräfte in Irak unterstützen. Wenn der Terror das große irakische Modernisierungsprojekt vernichten würde, verrieteten wir schon wieder ganze Generationen von Arabern an ihren jetzigen und späteren Tyrannen.

Leon de Winter, der auch das gigantische Ausmaß des Projektes der Modernisierung und Demokratisierung des Irak vorhersagte, täuschte sich, wenn er darauf hoffte, die Europäer würden, wenigstens aus eigennützigen Gründen, zu Verstand kommen und im Irak das Projekt unterstützen. Im Gegenteil: Sie sind gerade zu begierig, alle Details zu erfahren, wie einige elende GIs, die Henryk M. Broder treffend als White Trash bezeichnete, dem Unternehmen die moralische Grundlage zerfoltern.

Die Ausnahme wird zur Regel erklärt, die Befreiungsarmee selbst zur Verbrecherbande abgeurteilt. Das Verfahren kennt man, wenn man die alten deutschen Familiengeschichten erinnert, wo der böse Russe folternd und vergewaltigend den deutschen Osten erobert. Wobei wir beim unangenehmsten Kapital angelangt sind, denn ich möchte die KONKRET, das Blatt des alternden Herrn Gremliza zitieren.

Gremliza hat es wie immer wieder einmal besser gewußt.

Die Gefahr, noch einmal Opfer eines massenmörderischen Anschlags zu werden, wächst von Tag zu Tag, der Nahe Osten ist nicht gewonnen, sondern geht Region für Region, wie wohl bald auch sein Öl, Barrel für Barrel, an den weltpolitischen Herausforderer verloren, Israels Chancen auf einen Frieden waren nie niedriger...

Was es auch sei, das einen bestimmten Iraker antreibt, sich vor einer US-Einheit in die Luft zu jagen, es ist etwas, das ihn eben dorthin führt und nicht vor die französische Botschaft.

Das klingt nach „Selber schuld, Ami!“ Gremlizas angedeutete Alternative, die die französische und damit auch die deutsche ist, heißt: „Kein Krieg gegen Faschisten!“ und schon gar nicht, wenn das Land voller Öl und die Linke im Friedensrausch und der US-Präsident kein Intellektueller ist.

Denn ein amerikanischer Intellektueller – wie es der Andrei S. Markovits ist – gibt der KONKRET Interviews, in denen er zwar nicht meint, der Jude sei am Antisemitismus selber schuld, aber der Ami wenigstens am Antiamerikanismus. In Markovits' bedachten Worten:

Die Politik der Bush-Regierung mobilisiert den vorhandenen Antiamerikanismus.

Sein Realitätssinn verabschiedet sich dann endgültig, wenn er meint:

Die Mißhandlung irakischer Gefangener ist ... tausendmal schlimmer noch als die Massaker von My Lai in Vietnam.

Und dann kommt der inzwischen obligatorische Nazi-Vergleich:

Was mir bei dieser ganzen Sache sofort einfiel, waren die Bilder deutscher Soldaten, die an der Ostfront den Juden die Bärte scherten oder auf sie urinierten und sich darüber amüsierten.

So einer hat sich dann auch beim Gremliza dafür qualifiziert, ein Buch über Antiamerikanismus und Antisemitismus zu schreiben.

Host Pankow, seit längerem schon und aus guten Gründen nicht mehr in der Bahamas-Redaktion tätig, tut für seine Vergangenheit Buße bei KONKRET. Auch er sieht in den Amis die neuen Nazis. Er schreibt sich förmlich in Rage, als er liege er dem Blutrausch in einem schlechten B-Movie:

Denn so evident wie die islamistische Barbarei ist inzwischen die ihres demokratischen Pendanten: Amerikanische und britische Militärs ... haben im Irak – und wohl auch in Afghanistan – grauenhafte Verbrechen begangen ... haben wehrlose Gefangene gedemütigt, mißhandelt, vergewaltigt, gequält und offenbar nicht wenige ermordet. Sie haben die Leichen der Ermordeten nach faschistischem Brauch „verschwinden“ lassen.

Die Verbrechen im Gefängnis von Abu-Ghreib förmlich goutierend, glaubt Horst Pankow triumphieren zu können.

Nur eine Stimme fehlt bis heute: Die Stimme der „bellizistischen“ und einstmals antideutschen Linken. Jener Linken, die vom Irak-Abenteuer der „Koalition der Willigen“ eine Rettung der „Zivilisation“ und gar eine Salvierung der „Bedingungen der Möglichkeit des Kommunismus“ erwarteten. Was nun, liebe Ex-GenossInnen? Seit ihr verstummt, weil ihr – was vielleicht alte Sympathien wieder beleben könnte – vor Scham im Boden versankt? Oder schweigt ihr nur, weil euch, wie der Berliner Volksmund entwaffnend brutal sagt, „der Arsch auf Grundeis geht?“

Nein, dem Horst der auf den Volksmund hört und diesen gern zitiert, sei´s gesagt: Kein Arsch, kein Grundeis, kein Schweigen, keine Scham:

Wenn man für die Beseitigung einer faschistischen Diktatur eintritt, muß man keine Scham verspüren, selbst dann nicht, wenn das Unternehmen tatsächlich – und dies ist noch lange nicht ausgemacht – scheitern sollte.

Ein Desaster allerdings ist es, wenn das Scheitern einer solchen Unternehmung von manchen, nein, vielen „Ex-Genossen“ gefeiert würde. Nichts anderes aber wäre von Hermann, Host und Konsorten zu erwarten.

Schlußstrich zum D-Day

Deutschland als pazifistisches und moralisches Weltgewissen, das aus seiner Geschichte gelernt zu haben glaubt, dazu noch in der den Amerikanern und Briten zuwiderlaufenden Achse Paris-Berlin-Moskau verankert, das ist eine besondere Situation.

Nun also wird Deutschland erstmalig zu den Feierlichkeiten zum D-Day in die Normandie eingeladen. Abschließend möchte ich auf RTL-Anchor Peter Kloeppelel hinweisen, einen der ganz Großen im deutschen Mediengeschäft. So groß, daß er nicht nur am 5. Juni eine eigene Sendung bekommt, die den Titel trägt: „Invasion im Morgengrauen – Peter Kloeppelel erzählt die Geschichte des D-Day“, nein, er durfte auch ein Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder führen. Dazu vermeldet die Fernsehstation vorab:

Gerhard Schröder, der am Sonntag als erster Bundeskanzler an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie teilnehmen wird, hat die Einladung durch Frankreichs Präsident Jacques Chirac als „eine unglaubliche historische Geste, die mich auch persönlich sehr tief berührt“, bezeichnet. In einem RTL-Interview mit Chefmoderator Peter Kloeppelel hob Schröder hervor, daß „mit dieser Einladung... die Nachkriegszeit endgültig vorbei ist“. Sein Besuch in der Normandie sei „das Symbol dafür, daß man bei den ehemaligen Kriegsgegnern, den Alliierten, akzeptiert hat, daß Deutschland durch und durch demokratisch geworden ist und die Demokratie in Deutschland gefestigt ist. Nicht nur in den Köpfen, auch in den Herzen.“ Der Bundeskanzler betonte, die Teilnahme an den Feierlichkeiten sei "auch etwas für mich sehr persönlich Berührendes. Ich habe meinen Vater, den ich nie kennen gelernt habe, im Krieg verloren."

Die Lehre aus dem D-Day sei, so Schröder, "daß jede Gefährdung von Demokratie in den Gesellschaften, die Demokratie erlangt haben, abgewehrt werden muß. Daß es lohnt, sich für diese Wertvorstellungen einzusetzen. Daß sie universell gelten und daß auch andere Völker

Anspruch darauf haben, in ähnlich demokratischen Verhältnissen wie wir zu leben. Nie wieder zuzulassen, daß die Völker mit Krieg überzogen werden aus den Motiven heraus, die so verwerflich waren, wie es die damaligen gewesen sind."

Einen Vergleich der alliierten Invasion mit dem Krieg gegen den Irak lehnte Schröder in dem RTL-Interview entschieden ab. Die Nazi-Barbarei sei historisch singulär, und auch ein Vergleich Hitlers mit Saddam Hussein würde in die Irre führen. "Prinzipiell ist es so, daß für Demokratie natürlich auch kämpferisch eingetreten werden muß, zur Not auch unter Zuhilfenahme militärischer Gewalt. Wir haben das im Kosovo ja getan, haben das im Irak anders entschieden. Aber dieses Eintreten, auch als militärisches Intervenieren für Demokratie und die Wertvorstellungen, die Demokratie ausmachen, muß natürlich seinerseits legitimiert sein. Die einzige Legitimation, die gegeben werden kann, auch vor dem Hintergrund unserer Zustimmung zum Völkerrecht, sind die Vereinten Nationen."

Dieses furchtbare Land hat einen furchtbaren Kanzler. Man mag dies für eine gerechte Strafe halten. Das macht es aber auch nicht besser.